

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Literaturverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XLI
<b>Einführung</b> . . . . .	1
A. Problemaufriss . . . . .	1
B. Die sozialwissenschaftliche Ausgangslage . . . . .	2
C. Die rechtliche Ausgangslage . . . . .	5
D. Methodisches Vorgehen und Themeneingrenzung . . . . .	7
E. Gang der Untersuchung . . . . .	8
<b>1. Kapitel: Rechtliche Ausgangslage</b> . . . . .	9
A. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	11
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	15
C. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen . . . . .	19
D. Fazit zum ersten Kapitel . . . . .	44
<b>2. Kapitel: Zulässigkeitsvoraussetzungen</b> . . . . .	47
A. Deutschland . . . . .	47
B. Österreich . . . . .	68
C. Vergleich und Resümee . . . . .	78
D. Fazit zum zweiten Kapitel . . . . .	103
<b>3. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung</b> . . . . .	105
A. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	105
B. Richterliche Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	106
C. Vergleich und Resümee . . . . .	123
D. Fazit zum dritten Kapitel . . . . .	143
<b>4. Kapitel: Unterstützung durch Interessenvertreter</b> . . . . .	145
A. Überblick . . . . .	145
B. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	146
C. Neutrale Interessenvertretung . . . . .	162
D. Fazit zum vierten Kapitel . . . . .	190

<b>5. Kapitel: Staatliche Kontrolle und Überwachung</b> . . . . .	191
A. Überprüfung von Pflegeeinrichtungen . . . . .	191
B. Nationale Präventionsmechanismen zur Verhütung von Folter und Misshandlung . . . . .	198
C. Resümee . . . . .	204
D. Fazit zum fünften Kapitel . . . . .	207
<b>6. Kapitel: Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen</b> . . . . .	209
A. Haftungsrecht . . . . .	209
B. Prävention durch Fortbildung und Beratung . . . . .	219
C. Fazit zum sechsten Kapitel . . . . .	229
<b>7. Kapitel: Gesamtfazit</b> . . . . .	231
A. Wesentliche Erkenntnisse des Rechtsvergleichs . . . . .	231
B. Zusammenfassung der Thesen . . . . .	237
C. Reformvorschlag zur Regelung von freiheitsentziehenden Maßnahmen im Bereich der stationären Altenpflege . . . . .	242
D. Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungsrichtern . . . . .	243
E. Reformvorschlag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	244
F. Reformvorschlag zur Verfahrenspflegschaft in Unterbringungs- sachen . . . . .	244
G. Reformvorschlag zur Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .	245
<b>Anhang: Auszüge österreichischer Gesetzestexte</b> . . . . .	247
A. Heimaufenthaltsgesetz (HeimAufG) . . . . .	247
B. Bundesverfassungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit (PersFrG) . . . . .	254
C. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB) . . . . .	257
D. Erwachsenenschutzvereinsgesetz (ErwSchVG) . . . . .	269
E. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) . . . . .	272
F. Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998) . . . . .	276
G. Außerstreitgesetz (AußStrG) . . . . .	278
H. Volksanwaltschaftsgesetz 1982 (VolksanwG) . . . . .	279
I. Bundesverfassungsgesetz (BV-G) . . . . .	283

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XLI
<b>Einführung</b> . . . . .	1
A. Problemaufriss . . . . .	1
B. Die sozialwissenschaftliche Ausgangslage . . . . .	2
C. Die rechtliche Ausgangslage . . . . .	5
D. Methodisches Vorgehen und Themeneingrenzung . . . . .	7
E. Gang der Untersuchung . . . . .	8
<b>1. Kapitel: Rechtliche Ausgangslage</b> . . . . .	9
A. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	9
I. Überblick . . . . .	9
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	10
1. Geltung und Rang der EMRK in Deutschland und Österreich . . . . .	10
2. Art. 5 EMRK: Recht auf Freiheit und Sicherheit . . . . .	10
III. Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen . . . . .	11
1. Allgemeines . . . . .	11
2. Relevante Konventionsrechte . . . . .	12
a) Überblick . . . . .	12
b) Art. 12 UN-BRK . . . . .	13
aa) Gleiche Anerkennung vor dem Recht . . . . .	13
bb) Spezifische staatliche Verpflichtungen . . . . .	14
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	15
I. Deutschland . . . . .	15
1. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG: Recht auf Freiheit der Person . . . . .	15
2. Art. 104 GG: Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung . . . . .	16
a) Art. 104 Abs. 1 GG . . . . .	16
b) Art. 104 Abs. 2 GG . . . . .	17
II. Österreich . . . . .	18
1. Verfassungsrechtlicher Schutz durch EMRK und PersFrG . . . . .	18

2. Zulässigkeit eines Eingriffs und besondere Rechte bei Freiheitsentziehungen .....	18
C. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen .....	19
I. Systematische Einordnung .....	19
1. Deutschland .....	19
a) Zivilrechtliche Ebene .....	20
b) Öffentlich-rechtliche Ebene .....	20
2. Österreich .....	21
a) Historischer Hintergrund .....	22
b) Qualifizierung als hoheitliche Zwangsmaßnahme .....	22
II. Geltungsbereich der Rechtsgrundlagen .....	23
1. Deutschland .....	23
a) Überblick .....	23
b) Einschränkung in örtlicher Hinsicht .....	23
c) Einschränkung in personeller Hinsicht .....	24
d) Einschränkung in zeitlicher Hinsicht .....	24
aa) Regelmäßigkeit .....	25
bb) Längerer Zeitraum .....	25
2. Österreich .....	26
III. Begriff der freiheitsentziehenden Maßnahme .....	27
1. Deutschland .....	27
a) Wesentliche Merkmale .....	27
b) Keine Freiheitsentziehung bei Einwilligung des Betroffenen .....	28
aa) Einwilligungsfähigkeit des Betroffenen .....	28
bb) Möglichkeit der antizipierten Einwilligung .....	29
c) Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Altenpflege .....	31
aa) Medikamentöse Maßnahmen .....	32
bb) Personenortungsanlagen .....	33
2. Österreich .....	34
a) Wesentliche Merkmale .....	34
b) Keine Freiheitsentziehung bei Einwilligung des Betroffenen	35
c) Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der Altenpflege ...	36
aa) Medikamentöse Maßnahmen .....	36
bb) Androhung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen	37
IV. Vergleich und Resümee .....	38
1. Überblick .....	38

2. Geltungsbereich und Begriffsverständnis . . . . .	38
a) Geltungsbereich der Rechtsgrundlagen . . . . .	38
b) Begriffsverständnis . . . . .	39
3. Differierende Stellung im Rechtssystem . . . . .	41
a) Vergleich . . . . .	41
b) Dualismus von zivil- und öffentlich-rechtlichem Unterbringungsrecht im deutschen Recht . . . . .	42
aa) Möglichkeiten der Vereinheitlichung . . . . .	42
bb) Streichung der betreuungsrechtlichen Regelung? . . . . .	43
D. Fazit zum ersten Kapitel . . . . .	44
<b>2. Kapitel: Zulässigkeitsvoraussetzungen</b> . . . . .	47
A. Deutschland . . . . .	47
I. Materiell-rechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	47
1. Psychische Krankheit oder geistige oder seelische Behinderung . . . . .	48
2. Unterbringungstatbestände des § 1906 Abs. 1 BGB . . . . .	48
a) Gefahr einer Selbstschädigung . . . . .	49
b) Notwendigkeit einer medizinischen Behandlung . . . . .	50
aa) Doppelte Notwendigkeitsbedingung . . . . .	50
bb) Zulässigkeit der medizinischen Behandlung . . . . .	51
3. Verhältnismäßigkeitsgebot . . . . .	52
a) Geeignetheit der Maßnahme . . . . .	53
b) Erforderlichkeit der Maßnahme . . . . .	53
aa) Mögliche Alternativmaßnahmen . . . . .	54
bb) Berücksichtigung von personellen, sachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen . . . . .	55
c) Angemessenheit der Maßnahme . . . . .	57
II. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	58
1. Einwilligung des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	59
a) Zuständigkeit des Betreuers . . . . .	59
aa) Ausdrückliche Bestellung für freiheitsentziehende Maßnahmen . . . . .	60
bb) Wunschbefolgungspflicht des Betreuers . . . . .	61
b) Zuständigkeit des Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	62
c) Subsidiäre Zuständigkeit des Gerichts . . . . .	64
d) Subsidiäre Zuständigkeit der Ehegatten . . . . .	64
2. Gerichtliche Genehmigung . . . . .	65
III. Durchführung der freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	65

1. Durchführungsverantwortung des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	65
2. Dokumentationspflichten . . . . .	66
B. Österreich . . . . .	68
I. Materiell-rechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	68
1. Psychische Krankheit oder geistige Behinderung . . . . .	68
2. Gefährdung von Leben oder Gesundheit. . . . .	69
3. Verhältnismäßigkeit der Freiheitsbeschränkung . . . . .	69
II. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	70
1. Überblick . . . . .	70
2. Anordnung der freiheitsbeschränkenden Maßnahme. . . . .	71
a) Überblick . . . . .	71
b) Anordnungsbefugnis. . . . .	71
aa) Ärztliche Zuständigkeit . . . . .	72
bb) Pflegefachliche Zuständigkeit. . . . .	72
c) Anordnung der Freiheitsbeschränkung . . . . .	73
d) Vornahme ohne formelle Anordnung . . . . .	74
3. Ärztliches Dokument bei längerfristigen Freiheitsbeschränkungen. . . . .	74
4. Zustimmung des Vorsorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreters bei medikamentösen Maßnahmen . . . . .	75
5. Aufklärung des Betroffenen . . . . .	75
6. Verständigungspflichten . . . . .	76
7. Dokumentationspflichten . . . . .	77
III. Durchführung der freiheitsbeschränkenden Maßnahme. . . . .	78
C. Vergleich und Resümee . . . . .	78
I. Überblick. . . . .	78
II. Zulässigkeitsstatbestände . . . . .	79
1. Gemeinsamkeiten . . . . .	79
2. Unterschiede . . . . .	79
a) Überblick . . . . .	79
b) Umgang mit Fremdgefährdungslagen . . . . .	79
aa) Österreich . . . . .	80
bb) Deutschland. . . . .	80
3. Regulierung von Fremdgefährdungslagen . . . . .	81
a) Schließung der Regelungslücke. . . . .	81
b) Vorteile einer gesetzlichen Regelung . . . . .	82

c) Regelungsmöglichkeit im Betreuungsrecht . . . . .	83
III. Gesetzliche Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . .	85
1. Vergleich . . . . .	85
2. Anforderungen an die Bestimmtheit und Klarheit der gesetzlichen Regelung . . . . .	86
3. Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgebots . . . . .	86
4. Normierung der speziellen Verfahrensanforderungen für Fixierungen . . . . .	87
IV. Entscheidung über die Anwendung einer freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	88
1. Vergleich . . . . .	89
a) Individualisierungsansatz in Deutschland . . . . .	89
b) Professionalisierungsansatz in Österreich. . . . .	90
2. Wertende Betrachtung. . . . .	91
a) Vorteile einer Entscheidung durch Ärzte und Pflegepersonal	91
b) Vorteile einer Entscheidung durch den Betreuer/Vorsorge- bevollmächtigten . . . . .	92
3. Resümee . . . . .	94
V. Beteiligung des Betroffenen . . . . .	95
1. Überblick . . . . .	95
2. Vergleich . . . . .	96
a) Deutschland . . . . .	96
b) Österreich. . . . .	97
c) Wertende Betrachtung . . . . .	98
3. Resümee . . . . .	98
4. Reformbedarf im deutschen Recht. . . . .	98
a) Qualitätsdefizite in der Praxis . . . . .	98
b) Aufklärung und Überzeugungsversuch als Ausprägung des Ultima-Ratio-Prinzips. . . . .	99
c) Besprechungspflicht und Überzeugungsversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung . . . . .	100
VI. Dokumentationspflichten . . . . .	101
1. Vergleich . . . . .	101
2. Reformbedarf . . . . .	102
D. Fazit zum zweiten Kapitel. . . . .	103
<b>3. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung. . . . .</b>	<b>105</b>
A. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	105
B. Richterliche Rechtmäßigkeitskontrolle. . . . .	106

I.	Deutschland. . . . .	106
	1. Überblick . . . . .	106
	2. Richtervorbehalt gemäß Art. 104 Abs. 2 S. 1 GG . . . . .	106
	3. Ablauf des gerichtlichen Genehmigungsverfahrens . . . . .	107
	a) Einleitung des Verfahrens . . . . .	107
	b) Verfahrensbeteiligte. . . . .	108
	c) Bestellung eines Verfahrenspflegers . . . . .	108
	d) Sachverhaltsermittlung . . . . .	109
	aa) Anhörung des Betroffenen . . . . .	109
	bb) Sachverständigengutachten/Ärztliches Zeugnis. . . . .	112
	cc) Anhörung weiterer Personen . . . . .	114
	e) Entscheidung des Betreuungsgerichts . . . . .	114
	aa) Genehmigungsbeschluss. . . . .	114
	bb) Vorläufige Entscheidung . . . . .	115
	cc) Kosten . . . . .	116
	4. Funktionen des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	116
	a) Wirksamer Schutz vor unzulässigen Freiheitsentziehungen . . . . .	116
	b) Kontrolle des Betreuers/Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	117
II.	Österreich . . . . .	118
	1. Überblick . . . . .	118
	2. Ablauf des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	118
	a) Zweistufiges Verfahren . . . . .	118
	b) Antrag auf gerichtliche Überprüfung . . . . .	119
	c) Erstanhörung und vorläufige Entscheidung . . . . .	119
	d) Mündliche Verhandlung. . . . .	120
	e) Beschluss des Bezirksgerichts. . . . .	121
	3. Funktionen des gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	123
C.	Vergleich und Resümee . . . . .	123
	I. Garantie einer richterlichen Rechtmäßigkeitskontrolle. . . . .	124
	1. Vergleich . . . . .	124
	2. Wertende Betrachtung. . . . .	125
	a) Reaktionsschnelle Gefahrenabwehr durch unmittelbares Tätigwerden . . . . .	125
	b) Hohes Schutzniveau einer vorangehenden Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	125
	c) Zwischenfazit . . . . .	127



3. Resümee . . . . .	127
a) Qualifikation von Betreuungsrichtern. . . . .	127
b) Eingangsvoraussetzungen für die Tätigkeit als Betreuungs- richter. . . . .	128
c) Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungs- richtern. . . . .	129
II. Beteiligung von Sachverständigen . . . . .	132
1. Überblick . . . . .	132
2. Rechtliche Umsetzung. . . . .	133
a) Deutschland . . . . .	133
b) Österreich. . . . .	133
3. Auswahl des Sachverständigen. . . . .	134
a) Deutschland . . . . .	134
b) Österreich. . . . .	136
c) Reformbedarf. . . . .	136
aa) Zusätzliche Bestellung eines Pflegesachverständigen. . .	137
bb) Personenverschiedenheit von behandelndem Arzt und Sachverständigem. . . . .	138
4. Form der sachverständigen Beteiligung . . . . .	140
a) Vergleich. . . . .	140
b) Besonderheiten des ärztlichen Zeugnisses . . . . .	140
c) Umkehr des Regel-Ausnahme-Prinzips in § 321 Abs. 2 FamFG. . . . .	141
d) Reformvorschlag zu § 321 Abs. 2 FamFG. . . . .	142
D. Fazit zum dritten Kapitel . . . . .	143
<b>4. Kapitel: Unterstützung durch Interessenvertreter . . . . .</b>	<b>145</b>
A. Überblick. . . . .	145
B. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	146
I. Recht auf persönliche Unterstützung . . . . .	146
II. Deutschland. . . . .	147
1. Interessenvertretung durch den rechtlichen Betreuer/Vorsorge- bevollmächtigten. . . . .	147
2. Interessenvertretung bei Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .	147
a) Überblick . . . . .	147
b) Einwilligung in die freiheitsentziehende Maßnahme. . . . .	148
c) Partizipation im Genehmigungsverfahren . . . . .	149
d) Fortlaufende Kontrolle . . . . .	149

3. Interessenvertretung durch Angehörige oder Vertrauenspersonen . . . . .	150
III. Österreich . . . . .	150
1. Überblick . . . . .	150
2. Allgemeine Interessenvertretung durch den Vorsorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreter . . . . .	151
a) Zum Institut der Erwachsenenvertretung . . . . .	151
b) Rechte und Pflichten des Vorsorgebevollmächtigten bzw. Erwachsenenvertreters. . . . .	153
3. Interessenvertretung bei Anwendung einer Freiheitsbeschränkung i.S.d. HeimAufG. . . . .	154
a) Verständigung nach § 7 Abs. 2 HeimAufG . . . . .	154
b) Ermittlungsbefugnisse nach § 9 Abs. 1 HeimAufG. . . . .	155
c) Befugnis zur Beantragung eines gerichtlichen Überprüfungsverfahrens . . . . .	156
d) Befugnis zur Beantragung einer neuerlichen gerichtlichen Überprüfung der Maßnahme . . . . .	156
IV. Vergleich . . . . .	157
1. Überblick . . . . .	157
2. Besprechung der freiheitsentziehenden Maßnahme . . . . .	157
a) Deutschland . . . . .	158
b) Österreich. . . . .	158
c) Resümee. . . . .	158
3. Verpflichtung zum persönlichen Kontakt . . . . .	159
4. Rechtsschutz und Kontrolle durch Beteiligung der individuellen Interessenvertreter . . . . .	160
a) Deutschland . . . . .	160
b) Österreich. . . . .	161
c) Resümee. . . . .	161
C. Neutrale Interessenvertretung. . . . .	162
I. Notwendigkeit der Beteiligung von neutralen Interessenvertretern zum Schutz der Betroffenen. . . . .	162
II. Deutschland. . . . .	163
1. Das Institut der Verfahrenspflegschaft . . . . .	163
2. Person des Verfahrenspflegers . . . . .	165
a) Auswahl der Person. . . . .	165
b) Anforderungsprofil . . . . .	165
c) Der „Werdenfelser Weg“ . . . . .	166

aa) Die Initiative . . . . .	167
bb) Kritik . . . . .	167
3. Rolle und Aufgaben des Verfahrenspflegers . . . . .	168
4. Vergütung und Aufwendersatz . . . . .	170
III. Österreich . . . . .	170
1. Das Institut der Bewohnervertretung . . . . .	171
2. Person des Bewohnervertreeters . . . . .	171
3. Aufgaben des Bewohnervertreeters . . . . .	172
a) Ermittlungsbefugnisse der Bewohnervertreter . . . . .	172
b) Außergerichtliche Krisenintervention . . . . .	173
c) Befugnis zur Beantragung einer Rechtmäßigkeitskontrolle . . . . .	174
d) Zusammenarbeit mit weiteren Behörden . . . . .	174
4. Rolle des Bewohnervertreeters . . . . .	175
a) Fürsprecher der betroffenen Heimbewohner . . . . .	175
b) Berater der Pflegeeinrichtung . . . . .	176
5. Vergütung . . . . .	177
IV. Vergleich . . . . .	177
1. Notwendigkeit der Beteiligung . . . . .	177
a) Vergleich . . . . .	177
b) Kritik an den gesetzlichen Einschränkungen im deutschen Recht . . . . .	178
aa) Erforderlichkeit der Verfahrenspflegerbestellung . . . . .	178
bb) Vorrang der anwaltlichen Vertretung . . . . .	180
2. Aufgabenprofil . . . . .	181
a) Vergleich . . . . .	181
b) Wertende Betrachtung . . . . .	181
3. Qualifikationsanforderungen . . . . .	183
a) Vergleich . . . . .	183
b) Wertende Betrachtung . . . . .	184
c) Gesetzliche Qualifikationsvoraussetzungen für Verfahrensbeistände . . . . .	184
d) Mögliche Neuregelung . . . . .	186
e) Formulierungsvorschlag . . . . .	189
D. Fazit zum vierten Kapitel . . . . .	190
<b>5. Kapitel: Staatliche Kontrolle und Überwachung . . . . .</b>	<b>191</b>
A. Überprüfung von Pflegeeinrichtungen . . . . .	191
I. Deutschland . . . . .	191

1. Heimaufsichtsbehörden . . . . .	191
2. Medizinische Dienste (MD) . . . . .	193
II. Österreich . . . . .	194
1. Heimaufsichtsbehörden . . . . .	194
2. Bewohnervertretungen . . . . .	195
3. Pflegeanwaltschaften . . . . .	196
III. Vergleich . . . . .	196
1. Gemeinsamkeiten . . . . .	196
2. Unterschiede . . . . .	197
a) Meldung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen . . . . .	197
b) Vernetzung der Heimaufsichtsbehörden . . . . .	197
B. Nationale Präventionsmechanismen zur Verhütung von Folter und Misshandlung . . . . .	198
I. Fakultativprotokoll der Vereinten Nationen zum Anti-Folter- übereinkommen . . . . .	199
II. Deutschland . . . . .	199
1. Nationale Stelle zur Verhütung von Folter . . . . .	199
2. Besuche in Einrichtungen der Altenpflege . . . . .	200
III. Österreich . . . . .	201
1. Kommissionen der Volksanwaltschaft . . . . .	201
2. Besuche in Einrichtungen der Altenpflege . . . . .	202
IV. Vergleich . . . . .	203
C. Resümee . . . . .	204
I. Meldung und Dokumentation von freiheitsentziehenden Maßnahmen mit Einwilligung des Betroffenen . . . . .	204
II. Systematische Vernetzung der Heimaufsichtsbehörden . . . . .	206
D. Fazit zum fünften Kapitel . . . . .	207
<b>6. Kapitel: Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen . . . . .</b>	<b>209</b>
A. Haftungsrecht . . . . .	209
I. Präventionsfunktion des Haftungsrechts . . . . .	209
II. Deutschland . . . . .	210
1. Anspruchsgrundlagen . . . . .	210
2. Anspruchsgegner . . . . .	210
a) Pflegeeinrichtung . . . . .	211
aa) Rechtswidrige Anwendung . . . . .	211
bb) Pflichtwidrige Unterlassung . . . . .	211
cc) Unsachgemäße Durchführung . . . . .	213

b) Betreuer/Vorsorgebevollmächtigter . . . . .	214
aa) Rechtswidrige Anwendung . . . . .	214
bb) Pflichtwidrige Unterlassung . . . . .	215
c) Betreuungsrichter und Sachverständiger . . . . .	215
d) Staatshaftung des Landes . . . . .	216
aa) Passivlegitimation des Landes . . . . .	216
bb) Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	217
III. Österreich . . . . .	217
IV. Vergleich und Resümee . . . . .	218
B. Prävention durch Fortbildung und Beratung . . . . .	219
I. Deutschland . . . . .	219
1. Schulung des Pflegepersonals . . . . .	219
2. Erarbeitung von Präventionskonzepten . . . . .	220
3. Beratung von Betreuern und Vorsorgebevollmächtigten . . . . .	221
II. Österreich . . . . .	221
1. Schulung und Fortbildung des Pflegepersonals . . . . .	221
2. Beratung und Unterstützung durch die Bewohnervertretung . . . . .	222
III. Vergleich . . . . .	222
IV. Resümee . . . . .	223
1. Prävention durch Fortbildung . . . . .	223
a) Wirksamkeit von Schulungsprogrammen . . . . .	224
b) Verpflichtung zur Erarbeitung eines Präventionskonzepts . . . . .	225
c) Formulierungsvorschlag . . . . .	225
2. Prävention durch Beratung . . . . .	226
a) Institutionelle Beratungsangebote . . . . .	226
b) Vorschlag von Klie . . . . .	226
c) Vorschlag des Deutschen Ethikrates . . . . .	228
d) Formulierungsvorschlag . . . . .	228
C. Fazit zum sechsten Kapitel . . . . .	229
<b>7. Kapitel: Gesamtfazit . . . . .</b>	<b>231</b>
A. Wesentliche Erkenntnisse des Rechtsvergleichs . . . . .	231
I. Rechtliche Ausgangslage . . . . .	231
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	232
III. Gerichtliche Überprüfung . . . . .	233
IV. Unterstützung durch Interessenvertreter . . . . .	234
1. Individuelle Interessenvertretung . . . . .	234

2. Neutrale Interessenvertretung . . . . .	235
V. Staatliche Kontrolle und Überwachung . . . . .	236
VI. Prävention . . . . .	236
B. Zusammenfassung der Thesen . . . . .	237
C. Reformvorschlag zur Regelung von freiheitsentziehenden Maßnahmen im Bereich der stationären Altenpflege . . . . .	242
D. Reformvorschlag zur Qualifikation von Betreuungsrichtern . . . . .	243
E. Reformvorschlag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens . .	244
F. Reformvorschlag zur Verfahrenspflegschaft in Unterbringungs- sachen . . . . .	244
G. Reformvorschlag zur Prävention von freiheitsentziehenden Maßnahmen. . . . .	245
<b>Anhang:</b>	
<b>Auszüge österreichischer Gesetzestexte . . . . .</b>	<b>247</b>
A. Heimaufenthaltsgesetz (HeimAufG). . . . .	247
B. Bundesverfassungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit (PersFrG) . . . . .	254
C. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB) . . . . .	257
D. Erwachsenenschutzvereinsgesetz (ErwSchVG) . . . . .	269
E. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) . . . . .	272
F. Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998). . . . .	276
G. Außerstreitgesetz (AußStrG). . . . .	278
H. Volksanwaltschaftsgesetz 1982 (VolksanwG) . . . . .	279
I. Bundesverfassungsgesetz (BV-G) . . . . .	283